

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Benedikt Lux (GRÜNE)

vom 18. Juni 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Juni 2026)

zum Thema:

Was wurde aus „Sauberkeit und Ordnung“?

und **Antwort** vom 1. Juli 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 1. Juli 2026)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei

Herrn Abgeordneten Benedikt Lux (GRÜNE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26 414
vom 18. Juni 2026
über Was wurde aus „Sauberkeit und Ordnung“?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Warum sind die Ergebnisse der großangelegten Befragung zu Sauberkeit und Ordnung vor einem Jahr noch nicht veröffentlicht?

4. Zu welchem konkreten Datum oder in welchem präzisen Zeitraum darf die Öffentlichkeit die versprochenen Umfrageergebnisse nunmehr erwarten?

Zu 1. und 4.: Die Ergebnisse der Befragung wurden am 30.06.2026 auf der Befragungsseite der Senatskanzlei veröffentlicht.

2. Wie ist zu erklären, dass eine Auswertung zunächst zeitnah im Herbst 2025 angekündigt und dann in das 1. Halbjahr 2026 verschoben wurde?

Zu 2.: Die Durchführung der Befragung war eine Maßnahme der Zielvereinbarung „Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum“ 2024/2025 (ZV 4). Sie wurde vom 16.06. bis 01.08.2025 durchgeführt, um steuerungsrelevante Hinweise für die Arbeit der

Ordnungsämter und weiterer Akteure im Land Berlin zu erhalten sowie die Maßnahmen aus der ZV 4 weiterzuentwickeln.

Insgesamt haben sich 31.000 Personen an der Onlinebefragung beteiligt, darunter eine repräsentative Stichprobe von rund 4.900 Personen. Das Untersuchungsdesign und der Fragebogen wurden gemeinsam vom Bereich „Gesamtstädtische Steuerung – Organisation – Ämter für Bürgerdienste und Ordnungsämter“ der Abteilung V „Strategie, Steuerung, Recht und Prozesse (CDO)“ der Senatskanzlei und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS), Referat „Befragungsservice und D:ASH“, entwickelt. Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) und die „Koordinierende Stelle Sauberkeit und Ordnung“ im Bezirk Mitte unterstützten dabei. Diese Akteure, sowie die Berliner Stadtreinigung (BSR), wurden ebenfalls in die Auswertung der Befragung einbezogen.

Mit der Auswertung der Daten wurde, wie angekündigt, durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) im Herbst 2025 begonnen. Hierbei wurde gemeinsam mit den beteiligten Akteuren die Entscheidung getroffen, weitere externe Daten, wie zum Beispiel die jeweiligen Reinigungsklassen oder die Abstände der Wohnadressen zum öffentlichen Personennahverkehr (konkret wurde der kürzeste Abstand zu einem U- oder S-Bahnhof ermittelt) mit einzubeziehen. Dazu mussten zunächst die externen Daten an den Befragungsdatensatz angespielt werden. Eine Auswertung erfolgte zudem vergleichend sowohl für die „geschlossene Befragung“ auf Grundlage der Registerstichprobe als auch für die offen zugängliche Befragung, an der neben der Wohnbevölkerung auch Pendlerinnen und Pendler sowie Touristinnen und Touristen teilgenommen haben.

Die Möglichkeit, zusätzliche Hinweise zu geben, um z. B. Maßnahmen vorzuschlagen, hat in der offenen Befragung der Berlinerinnen und Berliner zudem jede siebte Person genutzt, sodass es auch diese Antworten zu sichten galt, was einige Zeit in Anspruch genommen hat. Daher wurde bereits Ende des Jahres 2025 angekündigt, dass die abschließende Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse im ersten Halbjahr 2026 erfolgen wird. Der Ergebnisbericht und das zugehörige Summary wurden im Frühjahr 2026 fertiggestellt. Zu einer leichten zeitlichen Verzögerung der Veröffentlichung kam es aufgrund des Wechsels des zuständigen Staatssekretärs in der Senatskanzlei. Die Veröffentlichung erfolgte nunmehr, wie angekündigt, innerhalb des 2. Quartals 2026.

3. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass eine öffentliche Auseinandersetzung über die ermittelten Stadtsauberkeits-Daten bislang ausblieb, obwohl der Senat diese Daten nach eigenen Angaben bereits selbst zur Ausarbeitung der „Folgezielvereinbarung Sauberkeit und Ordnung 2026/2027“ mit den Bezirken genutzt hat?

Zu 3.: Neben dem AfS haben auch Senat und Bezirke an der Auswertung der Befragungsergebnisse mitgewirkt. Somit konnten Voraberkennnisse aus der Befragung auch bereits in die Fortschreibung der Zielvereinbarung einfließen und die Maßnahmen entsprechend ausgerichtet werden. Daher haben in 2026 zum Beispiel bereits zwei Schwerpunktkontrollwochen der Ordnungsämter stattgefunden zu jenen Ablagerungsarten, die durch die Befragten als besonders störend benannt wurden, darunter Sperrmüll und Zigarettenkippen.

Berlin, den 01. Juli 2026

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
In Vertretung

Florian Hauer
Staatssekretär für Digitalisierung
und Verwaltungsmodernisierung / CDO (m.d.W.d.G.b.)